Verordnung zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung

vom 12. Dezember 1995 (Stand 1. Juli 2025)

Landammann und Regierung des Kantons St.Gallen

erlassen

in Ausführung des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung vom 9. November 1995¹

als Verordnung:2

I. Allgemeine Bestimmungen

(1.)

Art. 1* Zuständigkeit a) Gesundheitsdepartement

¹ Das Gesundheitsdepartement vollzieht die Bundes- und die kantonale Gesetzgebung über die Krankenversicherung, soweit nicht eine andere staatliche Behörde, die Sozialversicherungsanstalt des Kantons St.Gallen oder die politische Gemeinde zuständig ist.

- ² Ihm obliegen insbesondere:
- a) die Überwachung der Einhaltung der Versicherungspflicht;³
- b) die Überwachung des Vollzugs der Prämienverbilligung⁴, die Abrechnung des Bundesbeitrags für die Prämienverbilligung und der Prämienverbilligung mit der Sozialversicherungsanstalt;
- c)* ...
- d)* die Zulassung und die Beaufsichtigung von Leistungserbringern im Bereich der ambulanten Krankenpflege.⁵

¹ sGS 331.11.

² nGS 31-8; nGS 34-28; nGS 37-28; nGS 40-43; nGS 42-68. Im Amtsblatt veröffentlicht am 27. Dezember 1995, ABI 1995, 3083; in Vollzug ab 1. Januar 1996.

³ Art. 6 Abs. 1 des BG über die Krankenversicherung vom 18. März 1994, SR 832.10.

⁴ Art. 65 Abs. 1 und Art. 66 des BG über die Krankenversicherung vom 18. März 1994, SR 832 10

⁵ Art. 36 und Art. 38 des BG über die Krankenversicherung vom 18. März 1994, 832.10.

Art. 2*

Art. 2a*

Art. 3 Ausstand

- ¹ Der Leistungserbringer meldet seinen Ausstand⁶ dem Gesundheitsdepartement.
- ² Das Gesundheitsdepartement veröffentlicht den Ausstand eines Leistungserbringers im kantonalen Amtsblatt.
- ³ Der Ausstand ist ab Beginn des Monats rechtswirksam, der dem Datum der Veröffentlichung folgt.

II. Obligatorische Krankenversicherung

(2.)

1. Versicherungspflicht

(2.1.)

Art. 4* Kontrollstelle

- a) Zuständigkeit
- ¹ Zuständig ist die Kontrollstelle für Krankenversicherung jener politischen Gemeinde, in der die versicherungspflichtige Person ihren zivilrechtlichen Wohnsitz hat.
- ² Für Grenzgängerinnen und Grenzgänger mit zivilrechtlichem Wohnsitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union ist die Kontrollstelle am Arbeitsort der versicherungspflichtigen Person zuständig.*
- ³ Die Kontrollstelle kann Verfügungen mit Wirkung sowohl gegenüber der versicherungspflichtigen Person als auch gegenüber dem Versicherer erlassen.

Art. 5* b) Mitwirkung

1. des Einwohneramtes

¹ Das Einwohneramt meldet der Kontrollstelle innert acht Tagen neu zugezogene Personen und Neugeborene.

Art. 5bis* 2. der kantonalen Stelle

¹ Die zuständige kantonale Stelle⁷ meldet der Kontrollstelle die Grenzgängerinnen und Grenzgänger mit zivilrechtlichem Wohnsitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union.*

Art. 44 Abs. 2 des BG über die Krankenversicherung vom 18. März 1994, SR 832.10.

Amt für Wirtschaft.

Art. 6* c) Registrierung

- ¹ Die Kontrollstelle registriert Personen mit zivilrechtlichem Wohnsitz oder einer fremdenpolizeilichen Bewilligung zum Aufenthalt im Kanton, die:
- a) der Versicherungspflicht nicht unterstehen;
- b) auf Gesuch hin von der Versicherungspflicht ausgenommen sind.

Art. 7 Ausnahme von der Versicherungspflicht

¹ Wer eine Ausnahme von der Versicherungspflicht⁸ beansprucht, reicht das Gesuch der Kontrollstelle ein.

Art. 8 Freiwillige Versicherung

- ¹ Wer sich freiwillig der Versicherung unterstellt⁹, reicht das Gesuch der Kontrollstelle am Wohnort ein.*
- ² Grenzgängerinnen und Grenzgänger reichen das Gesuch¹⁰ der Kontrollstelle am Arbeitsort ein.*

2. Prämienverbilligung

(2.2.)

Art. 9* Anspruchsberechtigung

a) Personen mit Wohnsitz oder Aufenthaltsberechtigung im Kanton*

¹ Massgebend für die Anspruchsberechtigung auf Prämienverbilligung für Personen mit zivilrechtlichem Wohnsitz oder einer fremdenpolizeilichen Bewilligung zum Jahresaufenthalt (Ausweis B) im Kanton sowie für erwerbstätige vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer (Ausweis F), erwerbstätige Asylsuchende (Ausweis N), erwerbstätige Schutzbedürftige (Ausweis S) sowie Kurzaufenthalterinnen und Kurzaufenthalter (Ausweis L) mit einer bewilligten ununterbrochenen Aufenthaltsdauer von wenigstens 365 Tagen sind die persönlichen und familiären Verhältnisse einer Person am 1. Januar des Jahres, für das die Prämienverbilligung beansprucht wird.*

2 ...*

³ Massgebend für die Anspruchsberechtigung auf Prämienverbilligung für Personen, die nach dem 1. Januar aus dem Ausland in den Kanton ziehen, sind die persönlichen und familiären Verhältnisse zum Zeitpunkt der Antragstellung.*

⁴ ...*

⁸ Art. 3 Abs. 2 des BG über die Krankenversicherung vom 18. März 1994, SR 832.10; Art. 2 der eidgV über die Krankenversicherung vom 27. Juni 1995, SR 832.102.

⁹ Art. 6 der eidgV über die Krankenversicherung vom 27. Juni 1995, SR 832.102.

¹⁰ Art. 3 der eidgV über die Krankenversicherung vom 27. Juni 1995, SR 832.102.

Art. 9a* b) Grenzgängerinnen und Grenzgänger*

- ¹ Massgebend für Grenzgängerinnen und Grenzgänger mit zivilrechtlichem Wohnsitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, die am 1. Januar des Jahres, für das die Prämienverbilligung beansprucht wird, in einem Arbeitsverhältnis im Kanton stehen, sind die persönlichen und familiären Verhältnisse am 1. Januar.*
- ² Massgebend für Grenzgängerinnen und Grenzgänger mit zivilrechtlichem Wohnsitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union und mit einer Erwerbsaufnahme während des Kalenderjahres in der Schweiz sowie einem Anknüpfungspunkt an den Kanton sind die persönlichen und familiären Verhältnisse zum Zeitpunkt der Antragstellung.*
- ³ Der Anspruch der mitversicherten Familienangehörigen von Grenzgängerinnen und Grenzgängern mit zivilrechtlichem Wohnsitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union leitet sich von der Person mit Anbindung an den Kanton ab.*

Art. 10* Beginn der Anspruchsberechtigung*

- ¹ Für Personen nach Art. 9 Abs. 3 und Art. 9 a Abs. 2 dieses Erlasses beginnt der Anspruch auf Prämienverbilligung mit Beginn des Monats der Antragstellung.*
- 2 Für Personen nach Art. 9 Abs. 1 und Art. 9a Abs. 1 dieses Erlasses beginnt der Anspruch auf Prämienverbilligung am 1. Januar des Jahres, für das die Prämienverbilligung beansprucht wird.*

Art. 10bis* ...

Art. 11* Ermittlung der Anspruchsberechtigten

- ¹ Die Sozialversicherungsanstalt ermittelt im Januar des Bezugsjahres zusammen mit den Steuerbehörden die voraussichtlich anspruchsberechtigten Personen.*
- ² Ausgenommen sind Personen nach Art. 22 Abs. 2 dieser Verordnung.
- ³ Für Beziehende von finanzieller Sozialhilfe oder von Elternschaftsbeiträgen kann die Sozialversicherungsanstalt auch unterjährig periodische Abgleiche der Daten mit den zuständigen Stellen der politischen Gemeinden vornehmen.*

Art. 12* Massgebendes Einkommen

- a) Grundlagen
- 1. ordentlich besteuerte Personen
- aa) Grundsatz*

¹ Grundlage für die Berechnung des massgebenden Einkommens bildet das nach kantonalem Steuerrecht¹¹ ermittelte Reineinkommen der Steuerperiode des vorletzten Jahres vor dem Bezugsjahr für:*

- a) noch nicht definitiv veranlagte Personen gemäss Steuerdeklaration;
- b) definitiv veranlagte Personen gemäss Veranlagung.
- ² Das massgebende Einkommen entspricht dem Reineinkommen:
- 1.* zuzüglich 20 Prozent des steuerbaren Vermögens;
- 2. zuzüglich die Beiträge an die Gebundene Selbstvorsorge Säule 3a;
- zuzüglich die Leistungen und Einkaufsbeiträge an Einrichtungen der beruflichen Vorsorge;
- 4. zuzüglich den Liegenschaftsaufwand, soweit dieser den Pauschalabzug von 20 Prozent der Mieteinnahmen übersteigt;
- zuzüglich den Vorjahresverlusten nach Art. 42 des Steuergesetzes vom 9. April 1998;¹²
- 5bis. zuzüglich 75 Prozent des im vereinfachten Verfahren nach Art. 3 des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit vom 17. Juni 2005¹³ abgerechneten Bruttolohns;
- 5^{ter*} zuzüglich die freiwilligen Zuwendungen und Parteispenden nach Art. 46 Abs. 1 Bst. c des Steuergesetzes vom 9. April 1998¹⁴;

5quater * ...

- 5quinquies.* zuzüglich den Abzug von 30 Prozent auf den Mietwert des selbstbewohnten Eigenheims nach Art. 34 Abs. 3 des Steuergesetzes vom 9. April 1998¹⁵;
- 5^{sexies}.* zuzüglich den Abzug von 30 Prozent auf den Erträgen von qualifizierten Beteiligungen des Geschäftsvermögens nach Art. 31^{bis} Abs. 1 des Steuergesetzes vom 9. April 1998¹⁶;
- 5^{septies}.* zuzüglich den Abzug von 30 Prozent auf den Erträgen von qualifizierten Beteiligungen des Privatvermögens nach Art. 33 Abs. 1^{bis} des Steuergesetzes vom 9. April 1998¹⁷;
- 6. abzüglich den Kinderabzug nach Art. 14 dieses Erlasses.

¹¹ Art. 13, Art. 18 Abs. 1 und Art. 30 bis 46 StG, sGS 811.1.

¹² sGS 811.1.

¹³ SR 822.41.

¹⁴ sGS 811.1.

¹⁵ sGS 811.1.

¹⁶ sGS 811.1.

¹⁷ sGS 811.1.

- ³ Personen mit einem steuerbaren Vermögen von über Fr. 100 000.– haben keinen Anspruch auf Prämienverbilligung. Für Personen, die einen Kinderabzug nach Art. 14 dieses Erlasses geltend machen können, erhöht sich die Vermögensobergrenze wie folgt, höchstens jedoch bis zum Betrag von Fr. 150 000.–:*
- a)* Fr. 20 000. für jedes Kind bis zum vollendeten 18. Altersjahr;
- b)* Fr. 40 000.– für jede junge erwachsene Person bis zum vollendeten 25. Altersjahr.

4 ...*

⁵ Ist die Veranlagung rechtskräftig, führt die Sozialversicherungsanstalt die Neuberechnung der Prämienverbilligung durch.*

Art. 12a* bb) Zuzug*

¹ Zieht eine Person aus dem Ausland oder einem anderen Kanton zu, wird auf das massgebende Einkommen des Jahres vor dem Bezugsjahr abgestellt, wenn ein nach kantonalem Steuerrecht ermitteltes Reineinkommen der Steuerperiode des vorletzten Jahres fehlt. Fehlt auch das massgebende Einkommen des Jahres vor dem Bezugsjahr, wird auf das nach kantonalem Steuerrecht ermittelte, voraussichtliche Einkommen des Bezugsjahrs abgestellt.

2 ...*

Art. 12b* cc) Änderung des Zivilstandes

- ¹ Ändert eine Person ihren Zivilstand im Jahr vor dem Bezugsjahr, ist das Reineinkommen des Jahres vor dem Bezugsjahr massgebend
- ² Die Trennung der Ehe ist der Scheidung gleichgestellt.

Art. 12c* dd) Abschluss und Aufnahme einer Ausbildung

- ¹ Wurde in den zwei Jahren vor dem Bezugsjahr eine Ausbildung abgeschlossen, gilt das voraussichtliche Bruttoeinkommen des Bezugsjahres zuzüglich 20 Prozent des steuerbaren Vermögens als massgebendes Einkommen. Das Bruttoeinkommen wird zu 75 Prozent angerechnet.*
- ² Wurde in den zwei Jahren vor dem Bezugsjahr eine Ausbildung aufgenommen und das Einkommen reduziert oder kein Einkommen erzielt, gilt das voraussichtliche Bruttoeinkommen des Bezugsjahres zuzüglich 20 Prozent des steuerbaren Vermögens als massgebendes Einkommen. Das Bruttoeinkommen wird zu 75 Prozent angerechnet.*
- ³ Ist die Veranlagung rechtskräftig, führt die Sozialversicherungsanstalt die Neuberechnung der Prämienverbilligung nach Art. 12 Abs. 2 und Abs. 3 dieses Erlasses durch.*

Art. 12bis* 2. quellenbesteuerte Personen*

- ¹ Als massgebendes Einkommen gilt das der Quellensteuer zugrunde liegende definitive Brutto-Einkommen des vorletzten Jahres zuzüglich des im vereinfachten Verfahren nach Art. 3 des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit vom 17. Juni 2005¹⁸ abgerechneten Bruttolohns des vorletzten Jahres.*
- ² Es werden sachgemäss angewendet:*
- a)* Art. 12a dieses Erlasses beim Zuzug einer Person aus dem Ausland oder einem anderen Kanton;
- b)* Art. 12b dieses Erlasses, wenn eine Person ihren Zivilstand im Jahr vor dem Bezugsjahr ändert;
- c)* Art. 12c dieses Erlasses, wenn eine Person in den zwei Jahren vor dem Bezugsjahr eine Ausbildung abgeschlossen oder aufgenommen hat.
- ³ Das massgebende Einkommen nach Abs. 1 und 2 dieser Bestimmung wird zu 75 Prozent angerechnet.*
- ⁴ Die Steuerbehörde stellt die für die Berechnung der Anspruchsberechtigung notwendigen Steuerdaten zur Verfügung.
- ⁵ Das für Grenzgängerinnen und Grenzgänger mit zivilrechtlichem Wohnsitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union ermittelte Einkommen wird in die Kaufkraft des Wohnlandes umgerechnet. Massgebend ist der Index nach Art. 1 der Verordnung des Eidgenössischen Departementes des Innern über die Preisniveauindizes und die Durchschnittsprämien für den Anspruch auf Prämienverbilligung in der Europäischen Union, in Island und in Norwegen¹⁹.*
- ^{5bis} Bei einer nachträglichen Veränderung des massgebenden Einkommens nach Abs. 1 und 2 dieser Bestimmung führt die Sozialversicherungsanstalt die Neuberechnung der Prämienverbilligung auf Basis des veränderten Einkommens durch.*
- ⁶ Bei nachträglich ordentlich veranlagten quellensteuerpflichtigen Personen wird das massgebende Einkommen nach Art. 12 Abs. 2 und 3 dieses Erlasses bestimmt.*

Art. 12ter* ...*

¹⁸ SR 822.41.

¹⁹ SR 832.112.51.

Art. 12quater* 4. Abweichung des massgebenden Einkommens von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

¹ Auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit anstelle des ermittelten Einkommens wird nach Art. 11 Abs. 3 des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung vom 9. November 1995²⁰ abgestellt, wenn sich die Einkommensgrundlagen dauerhaft verändert haben.

² Die Abweichung muss im Bezugsjahr wenigstens einen Viertel des massgebenden Einkommens des vorletzten Jahres betragen.

Art. 13 b) Neugeborene

- ¹ Bei Geburt eines Kindes wird das massgebende Einkommen ab dem Geburtsmonat neu festgelegt.
- ² Die Neuberechnung des massgebenden Einkommens kann bis 31. März des Jahres nach der Geburt rückwirkend geltend gemacht werden.*

Art. 14* c) Kinderabzug

¹ Für jedes in der Schweiz wohnhafte Kind bis zum vollendeten 18. Altersjahr oder für jede in der Schweiz wohnhafte junge erwachsene Person bis zum vollendeten 25. Altersjahr, für das oder für die eine Familienzulage nach dem Bundesgesetz über die Familienzulagen und Finanzhilfen an Familienorganisationen vom 24. März 2006²¹ oder nach dem Bundesgesetz über Familienzulagen in der Landwirtschaft vom 20. Juni 1952²² bezogen wird, vermindert sich das massgebende Einkommen um Fr. 4000.–.*

2 ...*

^{2bis} Kinder oder junge erwachsene Personen von unverheirateten Eltern, die einen gemeinsamen Haushalt führen, sind auf dem Anmeldeformular jenes Elternteils aufzuführen, der die Familienzulagen bezieht.*

²ter Junge erwachsene Personen, bei denen der Kanton St.Gallen nicht für die Prämienverbilligung der Eltern oder des Elternteils, der die Familienzulagen bezieht, zuständig ist, stellen eine eigene Anmeldung auf Prämienverbilligung. In diesem Fall wird der antragstellenden Person kein Kinderabzug von Fr. 4000.– nach Abs. 1 dieser Bestimmung gewährt.*

³ ...*

²⁰ sGS 331.11.

²¹ SR 836.2.

²² SR 836.1.

⁴ Für jedes in der Schweiz obligatorisch krankenversicherte nicht schulpflichtige Kind, in schulischer oder beruflicher Ausbildung stehende Kind oder für jede in der Schweiz obligatorisch krankenversicherte in schulischer oder beruflicher Ausbildung stehende junge erwachsene Personen einer Grenzgängerin oder eines Grenzgängers mit zivilrechtlichem Wohnsitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, für das oder für die in der Schweiz oder in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union Familienzulagen bezogen werden, vermindert sich das massgebende Einkommen um Fr. 4000.–.*

```
Art. 15* ...

Art. 16* ...

Art. 17* ...

Art. 17<sup>bis*</sup> g) Bezüger von Sozialhilfeleistungen

1 ...*
```

- ² Art. 14 a des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung vom 9. November 1995²³ wird auch angewendet auf:*
- a) Ortsgemeinden, wenn diese nach Art. 6 des Sozialhilfegesetzes vom 27. September 1998²⁴ persönliche Sozialhilfe leisten;
- b) Einrichtungen, wenn diese nach Art. 80 ff. des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998²⁵ Sozialhilfe leisten.

Art. 18* Belastungsgrenze

¹ Die Belastungsgrenze einer Person bzw. eines Haushaltes für Prämien der Krankenpflege-Grundversicherung entspricht der Eigenleistung, die nicht durch Prämienverbilligung ausgeglichen wird.

Art. 19* Referenzprämien, Belastungsgrenze, Obergrenze des mittleren Einkommens und Selbstbehalt

- ¹ Die Regierung legt jährlich bis 15. Dezember für das Folgejahr fest:
- a) die Referenzprämien;
- b) die Belastungsgrenze;

²³ sGS 331.11.

²⁴ sGS 381.1.

²⁵ SR 142.31.

- c) die Obergrenze des Einkommens zur Verbilligung der Referenzprämien nach Art. 65 Abs. 1^{bis} des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung vom 18. März 1994;²⁶
- d) den Selbstbehalt für die Krankenpflege-Grundversicherung.
- ² Die Verbilligung der Referenzprämien nach Art. 65 Abs. 1^{bis} des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung vom 18. März 1994²⁷ beträgt 80 Prozent für Kinder und 50 Prozent für junge Erwachsene in Ausbildung. Vorbehalten bleibt eine weiter gehende Verbilligung nach Art. 65 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung vom 18. März 1994.*

Art. 20 Mindestbetrag der Prämienverbilligung

¹ Eine Prämienverbilligung von weniger als Fr. 100.– je Person und Jahr wird nicht ausgerichtet.*

Art. 21* Aufteilung der Prämienverbilligung

¹ Erhalten mehrere Personen eines Haushalts Prämienverbilligung, entspricht der Anteil einer Person dem Prozentsatz der Verbilligung der Referenzprämien.

² ...*

³ ...*

Art. 22* Anmeldeformular*

- ¹ Die Sozialversicherungsanstalt stellt der voraussichtlich anspruchsberechtigten Person, die am 1. Januar des Jahres der Prämienverbilligung ihren zivilrechtlichen Wohnsitz oder eine fremdenpolizeiliche Bewilligung zum Jahresaufenthalt (Ausweis B) im Kanton hat, bis spätestens 10. Januar einen Zugang zu einem vorausgefüllten elektronischen Anmeldeformular zu.*
- ² Keinen Zugang zu einem vorausgefüllten elektronischen Anmeldeformular erhalten versicherungspflichtige Grenzgängerinnen und Grenzgänger mit zivilrechtlichem Wohnsitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, erwerbstätige vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer (Ausweis F), erwerbstätige Asylsuchende (Ausweis N), erwerbstätige Schutzbedürftige (Ausweis S), Kurzaufenthalterinnen und Kurzaufenthalter (Ausweis L) mit einer bewilligten ununterbrochenen Aufenthaltsdauer von wenigstens 365 Tagen und Personen, die nach Art. 177 des Steuergesetzes vom 9. April 1998²⁸ nach Ermessen veranlagt werden sowie Personen mit Einkommen und Vermögen Null.*

²⁶ SR 832.10.

²⁷ SR 832.10.

²⁸ sGS 811.1.

- ³ Personen, die keinen Zugang zu einem vorausgefüllten elektronischen Anmeldeformular erhalten haben, können über die Webseite der Sozialversicherungsanstalt ein Anmeldeformular in elektronischer Form ausfüllen.*
- $^{3 \rm bis}$ Das Anmeldeformular kann auch in Papierform bei der Sozialversicherungsanstalt bezogen werden.*
- ⁴ Das Anmeldeformular ist für das Jahr der Prämienverbilligung gültig.*

Art. 22a* Anmeldung junger erwachsener Personen in Ausbildung bis zum vollendeten 25. Altersjahr

- ¹ Die Anmeldung nach Art. 11^{bis} des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung vom 9. November 1995²⁹ für eine in Ausbildung stehende junge erwachsene Person bis zum vollendeten 25. Altersjahr erfolgt:
- a) gemeinsam mit der Anmeldung der Eltern, wenn für die Person eine Ausbildungszulage nach dem Bundesgesetz über die Familienzulagen und Finanzhilfen an Familienorganisationen vom 24. März 2006³⁰ oder nach dem Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft vom 20. Juni 1952³¹ bezogen wird;
- in anderen Fällen mit einer separaten Anmeldung der in Ausbildung stehenden Person.
- 2 Bei einer fristgerecht erfolgten Anmeldung durch die nicht zuständigen Eltern oder die nicht zuständige in Ausbildung stehende Person, bleibt die Anmeldefrist nach Art. $11^{\rm bis}$ des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung vom 9. November 1995^{32} gewahrt, wenn die korrekte Anmeldung innert drei Monaten nach der Aufforderung der Sozialversicherungsanstalt nachgeholt wird.

Art. 23* Geltendmachung der Prämienverbilligung

- ¹ Personen nach Art. 9 Abs. 1 und Art. 9a Abs. 1 dieses Erlasses reichen das Anmeldeformular mit Angabe des Versicherers bis 31. März des Jahres der Prämienverbilligung ein.*
- ² Personen nach Art. 9 Abs. 3 und Art. 9a Abs. 2 dieses Erlasses reichen das Anmeldeformular mit Angabe des Versicherers bis 31. Dezember des Jahres der Prämienverbilligung ein.*

³ ...*

²⁹ sGS 331.11.

³⁰ SR 836.2.

³¹ SR 836.1.

³² sGS 331.11.

Art. 24* ...

Art. 24bis* Anrechenbarkeit der Ersatzleistungen an die Prämienverbilligung

- ¹ Die von der politischen Gemeinde, der Ortsgemeinde oder von Einrichtungen nach Art. 17^{bis} Abs. 2 Bst. b dieser Verordnung bezahlten Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und Verzugszinsen werden an die Prämienverbilligung vollständig angerechnet.
- ² Der Anspruch wird bis 15. Dezember des Jahres der Auszahlung bei der Sozialversicherungsanstalt geltend gemacht.

Art. 25 Vorprüfung

¹ Die Sozialversicherungsanstalt prüft die eingereichten Unterlagen für die Geltendmachung der Prämienverbilligung auf Vollständigkeit, kontrolliert die Personenangaben und nimmt die notwendigen Ergänzungen und Abklärungen vor.*

Art. 26* ...

Art. 27* Auszahlung der Prämienverbilligung

¹ ...*

^{1 bis} Die Sozialversicherungsanstalt zahlt den Versicherern die Prämienverbilligung für ein Bezugsjahr am dritten Werktag des Monats Juli aus. Wird die Prämienverbilligung nach diesem Datum verfügt, erfolgt die Auszahlung für das laufende Bezugsjahr periodisch.*

2 ...*

Art. 28* Mitteilung an die anspruchsberechtigte Person

- ¹ Die Sozialversicherungsanstalt teilt der anspruchsberechtigten Person den Betrag der Prämienverbilligung mit.
- ² Sie weist auf die Einsprachemöglichkeit hin.

Art. 29* ...

Art. 30* ...

Art. 30bis* Vergütungs- und Verzugszinsen

¹ Auf Leistungen nach dieser Verordnung sind weder Vergütungs- noch Verzugszinsen geschuldet.

Art. 31* Rückerstattung und Erlass*

¹ Die Rückerstattung einer zu Unrecht bezogenen Prämienverbilligung wird vom Versicherer bei der versicherten Person geltend gemacht. Die Geltendmachung von Rückerstattungsforderungen durch die Sozialversicherungsanstalt bleibt vorbehalten.*

² Die Rückerstattung kann mit Prämienverbilligungsansprüchen verrechnet werden.

³ Der Kanton erlässt den Versicherern keine Rückerstattungsforderungen.*

Art. 32* Abrechnung der Prämienverbilligung

¹ Der Versicherer unterbreitet der Sozialversicherungsanstalt bis 31. Januar des Folgejahres die Abrechnung über die im laufenden Jahr ausbezahlte Prämienverbilligung.*

Art. 32bis* Meldungen der Sozialversicherungsanstalt an die Versicherer

¹ Die Sozialversicherungsanstalt meldet den Versicherern die Daten nach Art. 106 b Abs. 2 der Verordnung über die Krankenversicherung vom 27. Juni 1995³³ ab dem Zeitpunkt, an dem der Anspruch auf Prämienverbilligung verfügt wurde, laufend.

Art. 32ter* Meldungen der Versicherer an die Sozialversicherungsanstalt

 $^{\mbox{\tiny 1}}$ Die Versicherer melden der Sozialversicherungsanstalt:

- a) ob sie die Meldungen nach Art. 32bis dieses Erlasses den versicherten Personen zuordnen können innert 10 Tagen;
- b) wesentliche Änderungen im Verhältnis zu den versicherten Personen nach Art. 106 c Abs. 2 der Verordnung über die Krankenversicherung vom 27. Juni 1995³⁴ innert 10 Tagen;
- c)* den gesamten Versichertenbestand im Kanton bis 15. Dezember jeden Jahres;
- d)* auf deren Anfrage hin innert 10 Tagen, ob für eine bestimmte Person für einen bestimmten Zeitraum ein Versicherungsverhältnis besteht.

Art. 33 Kontrolle

¹ Die Sozialversicherungsanstalt kontrolliert die Abrechnungen der Versicherer, nimmt allfällige Ergänzungen vor und unterbreitet die Abrechnungen dem Gesundheitsdepartement.

³³ SR 830.1.

³⁴ SR 832.102.

² Die Versicherer sind verpflichtet, auf Verlangen über die Verwendung der Prämienverbilligung Auskunft zu geben und der Sozialversicherungsanstalt sowie dem Gesundheitsdepartement Einsicht in die Akten und die Rechnungen zu gewähren.

Art. 34* ...

Art. 35* Verwaltungskostenbeitrag Kanton b) Geltendmachung*

¹ Die Sozialversicherungsanstalt rechnet den Verwaltungskostenbeitrag nach Art. 3 Abs. 3 des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung vom 12. Dezember 1995³⁵ bis 31. Januar des Jahres nach der Auszahlung der Prämienverbilligung mit dem Gesundheitsdepartement ab.

Art. 36* c) Auszahlung

- ¹ Das Gesundheitsdepartement leistet der Sozialversicherungsanstalt quartalsweise Akontozahlungen auf der Basis der Vorjahresrechnung.
- ² Die Restzahlung erfolgt bis 28. Februar des Jahres nach der Auszahlung der Prämienverbilligung.

Art. 37* Information

¹ Die Sozialversicherungsanstalt sorgt in Absprache mit dem Gesundheitsdepartement für eine angemessene Information der Versicherten über die Prämienverbilligung.*

Art. 38 Revisionsstelle

¹ Die Revisionsstelle der Sozialversicherungsanstalt prüft die Durchführung der Prämienverbilligung und erstattet dem Gesundheitsdepartement Bericht.

2 ...

3. Unerhebbare Prämien und Kostenbeteiligungen

(2.3.)

Art. 38bis* ...

Art. 38ter* ...

³⁵ sGS 331.111.

Art. 38quater* Vergütung der ausstehenden Forderungen

¹ Der Anteil der politischen Gemeinden an der Forderung nach Art. 8h Abs. 3 des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung vom 9. November 1995³⁶ wird nach der neuesten definitiven Statistik der ständigen Wohnbevölkerung jeweils per 31. Dezember berechnet.*

² Die Sozialversicherungsanstalt vergütet dem Versicherer die Forderungen nach Art. 8h Abs. 1 des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung vom 9. November 1995³⁷ jährlich.*

Art. 38quinquies* Verwaltungskostenbeitrag politische Gemeinden

¹ Für den Verwaltungskostenbeitrag nach Art. 3 Abs. 4 des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung vom 12. Dezember 1995³⁸ leistet die politische Gemeinde der Sozialversicherungsanstalt jeweils bis 31. Januar eine Akontozahlung in der Höhe der voraussichtlichen Verwaltungskosten gemäss Voranschlag der Sozialversicherungsanstalt.

² Die Sozialversicherungsanstalt stellt der politischen Gemeinde den definitiven Verwaltungskostenbeitrag eines Jahres bis 31. Januar des Folgejahres in Rechnung.

³ Der Anteil der politischen Gemeinden am Verwaltungskostenbeitrag wird nach der neuesten definitiven Statistik der ständigen Wohnbevölkerung per 31. Dezember berechnet.

Art. 38^{sexies}* Übernahme der ausstehenden Forderungen

¹ Die politischen Gemeinden teilen der Sozialversicherungsanstalt in der von ihr vorgegebenen Form jeweils bis zum 31. Oktober mit, wenn sie zusätzlich 5 Prozent der Forderungen übernehmen möchten, die im Folgejahr Gegenstand einer Meldung nach Art. 64a Abs. 3 und 3^{bis} des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung vom 18. März 1994³⁹ sein werden. Die Mitteilung gilt für ein Kalenderjahr.

² Die Sozialversicherungsanstalt übernimmt die zusätzlichen 5 Prozent der Forderungen, wenn dies von allen politischen Gemeinden verlangt wird. Sie informiert die politischen Gemeinden über die Übernahme.

³ Kommt es zu einer Übernahme, richtet sich das weitere Verfahren nach Abs. 4 bis 8 dieser Bestimmung.*

³⁶ sGS 331.11.

³⁷ sGS 331.11.

³⁸ sGS 331.11.

³⁹ SR 832.10.

- ⁴ Der Versicherer tritt die Forderungen an die Sozialversicherungsanstalt ab. Die Information zu den abgetretenen Forderungen erfolgt elektronisch in der von der Sozialversicherungsanstalt vorgegebenen Form.*
- ⁵ Die Sozialversicherungsanstalt tritt die vom Versicherer an sie abgetretenen Forderungen innerhalb von 30 Tagen nach deren Abtretung an die zuständige politische Gemeinde oder an eine von dieser bezeichneten Stelle ab. Diese ist zur Übernahme verpflichtet. Zuständig ist die Wohnsitzgemeinde zum Zeitpunkt der Ausstellung des Verlustscheins. Die Information zu den abgetretenen Forderungen erfolgt elektronisch in der von der Sozialversicherungsanstalt vorgegebenen Form.*
- ⁶ Die Übermittlung der Verlustscheine durch die Versicherer in schriftlicher oder elektronischer Form erfolgt an die zuständige politische Gemeinde oder an eine von dieser bezeichneten Stelle. Zuständig ist die Wohnsitzgemeinde zum Zeitpunkt der Ausstellung des Verlustscheins.*
- ⁷ Die politische Gemeinde informiert die betroffenen Versicherten über die Gläubigerwechsel.*
- ⁸ Die Sozialversicherungsanstalt informiert die nach Abs. 5 dieser Bestimmung zuständige politische Gemeinde über vom Versicherer nach Art. 105k Abs. 6 der eidgenössischen Verordnung über die Krankenversicherung vom 27. Juni 1995⁴⁰ der Sozialversicherungsanstalt vergütete Beträge. Die Beträge werden von der politischen Gemeinde oder von der politischen Gemeinde bezeichneten Stelle vollumfänglich vom Verlustschein oder dem gleichwertigen Rechtstitel abgezogen. Die der Sozialversicherungsanstalt vergüteten Beträge werden von den Forderungen nach Art. 8h Abs. 3 des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung vom 9. November 1995⁴¹ in Abzug gebracht.*

Art. 38septies* Meldung über Verlustscheine und andere Forderungen

¹ Der Versicherer übermittelt der zuständigen politischen Gemeinde oder der von dieser bezeichneten Stelle die zur Geltendmachung der an sie abgetretenen Forderungen erforderlichen Informationen und Dokumente nach Art. 105f Abs. 5 Bst. b der eidgenössischen Verordnung über die Krankenversicherung vom 27. Juni 1995⁴² kostenlos.

III. Schlussbestimmungen

(3.)

Art. 39 4

⁴⁰ SR 832.102.

⁴¹ sGS 331.11.

⁴² SR 832.102.

⁴³ Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

Art. 40 44

Art. 41 Aufhebung bisherigen Rechts

- ¹ Aufgehoben werden:
- a) die Vollzugsverordnung zur Gesetzgebung über die Krankenversicherung vom 3. Januar 1967;45
- Art. 16 Abs. 2 der Verordnung über die Vergütungen ärztlicher und verwandter Leistungen an Unterstützte vom 21. November 1967.⁴⁶

Art. 42 Übergangsbestimmungen a) Kontrolle und Zuweisung der Versicherten

- ¹ Die Kontrollstelle ermittelt die nicht versicherten Personen.
- 2 Sie weist versicherungspflichtige Personen, die nicht versichert sind, bis 30. Juni 1996 einem Versicherer zu.

Art. 43 b) Prämienverbilligung für quellensteuerpflichtige ausländische Arheitnehmende*

- ¹ Der Anspruch auf eine Prämienverbilligung für quellensteuerpflichtige Personen mit einer fremdenpolizeilichen Bewilligung zum Jahresaufenthalt richtet sich im Jahr 1996 nach dem nach kantonalem Steuerrecht ermittelten Rein-Einkommen, vermehrt um einen Zehntel des steuerbaren Vermögens, soweit dieses Fr. 200 000.– übersteigt.
- ² Abgestellt wird auf die rechtskräftige Veranlagung, die am 31. Dezember 1994 Gültigkeit hatte. Fehlt eine rechtskräftige definitive Veranlagung, kann auf die vorläufige Rechnungstellung abgestellt werden.

Art. 44 c) Belastungsgrenze

 $^{\scriptscriptstyle 1}$ Die Belastungsgrenze beträgt für das Jahr 1996 9 Prozent.

Art. 45 d) Referenzprämien

- ¹ Die Referenzprämien für die Krankenpflege-Grundversicherung betragen für das Jahr 1996:
- a) Fr. 1500. für eine erwachsene Person;
- Fr. 950.– für eine in Ausbildung stehende Person bis zum vollendeten 25. Altersjahr;

⁴⁴ Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

⁴⁵ nGS 27-12 (sGS 331.111).

⁴⁶ nGS 13-43 (sGS 381.15).

c) Fr. 450.- für ein Kind.

Art. 46 e) Selbstbehalt

- ¹ Der Selbstbehalt einer anspruchsberechtigten Person beträgt für das Jahr 1996:
- a) für Erwachsene wenigstens Fr. 300.-;
- b) für in Ausbildung stehende Personen bis zum vollendeten 25. Altersjahr wenigstens Fr. 190.-;
- c) für Kinder wenigstens Fr. 90.-.
- ² Liegt der Selbstbehalt über dem Betrag der Belastungsgrenze, wird der Selbstbehalt angewendet.

Art. 47 f) Verwaltungskostenbeitrag

¹ Grundlage für die Berechnung der Akontozahlungen des Verwaltungskostenbeitrags für das Jahr 1996 bilden die Beiträge des Bundes und des Kantons für die Prämienverbilligung für das Jahr 1996.

Art. 48 g) Fristen

¹ Das Gesundheitsdepartement kann im Jahr 1996 die in Art. 18, 19, 22, 23, 24, 32 und 42 dieser Verordnung aufgeführten Fristen erstrecken.

Art. 49 Vollzugsbeginn

¹ Diese Verordnung wird ab 1. Januar 1996 angewendet.

Art. 50* Übergangsbestimmungen zum XXXV. Nachtrag vom 10. September 2024

¹ Art. 38^{ter} dieses Erlasses in der Fassung vor der Aufhebung durch den XXXV. Nachtrag zu diesem Erlass vom 10. September 2024 wird auf Prämien oder Kostenbeteiligungen mit Fälligkeit vor dem 1. Januar 2012 angewendet, für welche die politische Gemeinde Ersatz geleistet hat. Der Anteil des Kantons wird von der politischen Gemeinde jährlich bis zum 15. Dezember mit der Sozialversicherungsanstalt abgerechnet.

² Auf Verlangen der zuständigen politischen Gemeinde übernimmt die Sozialversicherungsanstalt zusätzlich 3 Prozent einer Forderung, für die sie nach Art. 64a Abs. 4 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung vom 18. März 1994⁴⁷ in der Fassung vor Inkrafttreten der Änderung vom 18. März 2022 bereits 85 Prozent übernommen hat. Der Sozialversicherungsanstalt wird die zusätzliche Forderung durch die politische Gemeinde vergütet, die deren Übernahme verlangt. Die Sozialversicherungsanstalt tritt eine an sie abgetretene Forderung innerhalb von drei Monaten nach der Abtretung durch den Versicherer an die zuständige politische Gemeinde oder an eine von dieser bezeichneten Stelle ab.

* Änderungstabelle - Nach Bestimmung

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Erlass	Grunderlass	31-8	12.12.1995	01.01.1996
Art. 1	geändert	43-10	11.12.2007	keine Angabe
Art. 1, Abs. 2, c)	geändert	2022-005	18.01.2022	20.01.2022
Art. 1, Abs. 2, c)	aufgehoben	2024-068	10.12.2024	01.01.2025
Art. 1, Abs. 2, d)	eingefügt	2022-005	18.01.2022	20.01.2022
Art. 2	geändert	43-10	11.12.2007	keine Angabe
Art. 2	aufgehoben	2024-068	10.12.2024	01.01.2025
Art. 2a	eingefügt	2022-005	18.01.2022	20.01.2022
Art. 2a	aufgehoben	2024-068	10.12.2024	01.01.2025
Art. 4	geändert	43-10	11.12.2007	keine Angabe
Art. 4, Abs. 2	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 4, Abs. 2	geändert	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 5	geändert	37-8	04.12.2001	keine Angabe
Art. 5bis	eingefügt	37-8	04.12.2001	keine Angabe
Art. 5bis, Abs. 1	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 5bis, Abs. 1	geändert	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 6	geändert	37-8	04.12.2001	keine Angabe
Art. 8, Abs. 1	geändert	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 8, Abs. 2	geändert	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 9	geändert	39-80	15.06.2004	keine Angabe
Art. 9	Artikeltitel ge- ändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 9, Abs. 1	geändert	2015-033	16.12.2014	01.01.2015
Art. 9, Abs. 1	geändert	2022-026	26.04.2022	01.03.2022
Art. 9, Abs. 1	geändert	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 9, Abs. 2	aufgehoben	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 9, Abs. 3	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 9, Abs. 3	geändert	2015-033	16.12.2014	01.01.2015
Art. 9, Abs. 4	aufgehoben	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 9a	eingefügt	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 9a	Artikeltitel ge- ändert	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 9a, Abs. 1	geändert	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 9a, Abs. 2	geändert	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 9a, Abs. 3	geändert	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 10	geändert	39-15	09.12.2003	keine Angabe
Art. 10	Artikeltitel ge- ändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 10, Abs. 1	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 10, Abs. 2	eingefügt	2015-033	16.12.2014	01.01.2015

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Art. 10 ^{bis}	eingefügt	42-11	12.12.2006	keine Angabe
Art. 10bis	aufgehoben	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 11	geändert	43-10	11.12.2007	keine Angabe
Art. 11, Abs. 1	rt. 11, Abs. 1 geändert		02.07.2013	01.01.2014
Art. 11, Abs. 3	eingefügt	2025-019	13.05.2025	01.07.2025
Art. 12	geändert	46-6	07.12.2010	keine Angabe
Art. 12	Artikeltitel ge- ändert	2015-083	11.08.2015	01.01.2016
Art. 12, Abs. 1	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 12, Abs. 2, 1.	geändert	2014-027	10.12.2013	01.01.2014
Art. 12, Abs. 2, 5ter	eingefügt	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 12, Abs. 2, 5quater.	eingefügt	2014-015	01.10.2013	01.01.2014
Art. 12, Abs. 2, 5quater.	aufgehoben	2017-062	20.06.2017	01.01.2018
Art. 12, Abs. 2, 5quinquies.	eingefügt	2014-015	01.10.2013	01.01.2014
Art. 12, Abs. 2, 5 ^{sexies} .	eingefügt	2021-015	26.01.2021	01.01.2022
Art. 12, Abs. 2, 5septies.	eingefügt	2021-015	26.01.2021	01.01.2022
Art. 12, Abs. 3	geändert	2022-014	25.01.2022	01.01.2023
Art. 12, Abs. 3, a)	eingefügt	2022-014	25.01.2022	01.01.2023
Art. 12, Abs. 3, b)	eingefügt	2022-014	25.01.2022	01.01.2023
Art. 12, Abs. 4	aufgehoben	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 12, Abs. 5	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 12a	eingefügt	43-10	11.12.2007	keine Angabe
Art. 12a	Artikeltitel ge- ändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 12a, Abs. 2	aufgehoben	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 12b	eingefügt	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 12c	eingefügt	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 12c, Abs. 1	geändert	2014-027	10.12.2013	01.01.2014
Art. 12c, Abs. 1	geändert	2016-092	06.09.2016	01.01.2017
Art. 12c, Abs. 2	geändert	2014-027	10.12.2013	01.01.2014
Art. 12c, Abs. 2	geändert	2015-033	16.12.2014	01.01.2015
Art. 12c, Abs. 2	geändert	2016-092	06.09.2016	01.01.2017
Art. 12c, Abs. 2	geändert	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 12c, Abs. 3	eingefügt	2016-092	06.09.2016	01.01.2017
Art. 12bis	geändert	40-9	06.12.2004	keine Angabe
Art. 12 ^{bis}	Artikeltitel ge- ändert	2015-083	11.08.2015	01.01.2016
Art. 12bis, Abs. 1	geändert	2022-073	06.12.2022	01.01.2024
Art. 12bis, Abs. 2	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 12bis, Abs. 2	geändert	2022-073	06.12.2022	01.01.2023
Art. 12bis, Abs. 2, a)	eingefügt	2022-073	06.12.2022	01.01.2023
Art. 12bis, Abs. 2, b)	eingefügt	2022-073	06.12.2022	01.01.2023
Art. 12bis, Abs. 2, c)	eingefügt	2022-073	06.12.2022	01.01.2023
Art. 12bis, Abs. 3	geändert	2022-073	06.12.2022	01.01.2023

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Art. 12bis, Abs. 5	eingefügt	2015-083	11.08.2015	01.01.2016
Art. 12bis, Abs. 5	geändert	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 12bis, Abs. 5bis	eingefügt	2022-073	06.12.2022	01.01.2023
Art. 12bis, Abs. 6	eingefügt	2016-092	06.09.2016	01.01.2017
Art. 12ter	eingefügt	37-8	04.12.2001	keine Angabe
Art. 12 ^{ter}	Artikeltitel ge- ändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 12ter	aufgehoben	2015-083	11.08.2015	01.01.2016
Art. 12ter, Abs. 1	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 12quater	eingefügt	43-10	11.12.2007	keine Angabe
Art. 13, Abs. 2	geändert	2015-083	11.08.2015	01.01.2017
Art. 14	geändert	45-10	08.12.2009	keine Angabe
Art. 14	geändert	48-12	04.12.2012	01.01.2013
Art. 14, Abs. 1	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 14, Abs. 1	geändert	2014-015	01.10.2013	01.01.2014
Art. 14, Abs. 1	geändert	2014-027	10.12.2013	01.01.2014
Art. 14, Abs. 1	geändert	2019-007	11.12.2018	01.01.2019
Art. 14, Abs. 1	geändert	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 14, Abs. 2	aufgehoben	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 14, Abs. 2bis	eingefügt	2015-033	16.12.2014	01.01.2015
Art. 14, Abs. 2bis	geändert	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 14, Abs. 2ter	eingefügt	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 14, Abs. 3	aufgehoben	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 14, Abs. 4	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 14, Abs. 4	geändert	2014-015	01.10.2013	01.01.2014
Art. 14, Abs. 4	geändert	2014-027	10.12.2013	01.01.2014
Art. 14, Abs. 4	geändert	2019-007	11.12.2018	01.01.2019
Art. 14, Abs. 4	geändert	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 15	aufgehoben	41-9	13.12.2005	keine Angabe
Art. 16	aufgehoben	37-8	04.12.2001	keine Angabe
Art. 17	geändert	41-9	13.12.2005	keine Angabe
Art. 17	aufgehoben	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 17bis	geändert	37-8	04.12.2001	keine Angabe
Art. 17bis, Abs. 1	aufgehoben	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 17bis, Abs. 2	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 18	geändert	37-8	04.12.2001	keine Angabe
Art. 19	geändert	42-11	12.12.2006	keine Angabe
Art. 19, Abs. 2	eingefügt	2021-015	26.01.2021	01.01.2022
Art. 20, Abs. 1	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 21	geändert	43-10	11.12.2007	keine Angabe
Art. 21, Abs. 2	aufgehoben	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 21, Abs. 3	aufgehoben	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 22	geändert	41-9	13.12.2005	keine Angabe

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Art. 22	Artikeltitel ge- ändert	2015-033	16.12.2014	01.01.2015
Art. 22, Abs. 1	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 22, Abs. 1	geändert	2015-033	16.12.2014	01.01.2015
Art. 22, Abs. 1	geändert	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 22, Abs. 2	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 22, Abs. 2	geändert	2015-033	16.12.2014	01.01.2015
Art. 22, Abs. 2	geändert	2015-083	11.08.2015	01.01.2016
Art. 22, Abs. 2	geändert	2022-026	26.04.2022	01.03.2022
Art. 22, Abs. 2	geändert	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 22, Abs. 3	geändert	2015-033	16.12.2014	01.01.2015
Art. 22, Abs. 3	geändert	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 22, Abs. 3bis	eingefügt	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 22, Abs. 4	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 22, Abs. 4	geändert	2015-033	16.12.2014	01.01.2015
Art. 22a	eingefügt	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 23	geändert	39-80	15.06.2004	keine Angabe
Art. 23, Abs. 1	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 23, Abs. 1	geändert	2015-033	16.12.2014	01.01.2015
Art. 23, Abs. 2	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 23, Abs. 2	geändert	2015-033	16.12.2014	01.01.2015
Art. 23, Abs. 3	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 23, Abs. 3	aufgehoben	2015-033	16.12.2014	01.01.2015
Art. 24	aufgehoben	37-8	04.12.2001	keine Angabe
Art. 24bis	geändert	47-9	13.12.2011	keine Angabe
Art. 25, Abs. 1	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 26	aufgehoben	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 27	geändert	37-8	04.12.2001	keine Angabe
Art. 27, Abs. 1	aufgehoben	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 27, Abs. 1bis	eingefügt	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 27, Abs. 1bis	geändert	2023-015	24.01.2023	01.01.2023
Art. 27, Abs. 2	aufgehoben	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 28	geändert	37-8	04.12.2001	keine Angabe
Art. 29	geändert	37-8	04.12.2001	keine Angabe
Art. 29	aufgehoben	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 30	geändert	37-8	04.12.2001	keine Angabe
Art. 30	aufgehoben	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 30bis	geändert	43-10	11.12.2007	keine Angabe
Art. 31	geändert	43-10	11.12.2007	keine Angabe
Art. 31	Artikeltitel ge- ändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 31, Abs. 1	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 31, Abs. 1	geändert	2015-033	16.12.2014	01.01.2015
Art. 31, Abs. 1	geändert	2024-034	10.09.2024	01.07.2025

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Art. 31, Abs. 3	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 31, Abs. 3	geändert	2015-033	16.12.2014	01.01.2015
Art. 32	t. 32 geändert		04.12.2001	keine Angabe
Art. 32, Abs. 1	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 32bis	eingefügt	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 32ter	eingefügt	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 32ter, Abs. 1, c)	geändert	2018-007	05.12.2017	01.01.2018
Art. 32ter, Abs. 1, d)	eingefügt	2018-007	05.12.2017	01.01.2018
Art. 34	aufgehoben	47-91	03.07.2012	keine Angabe
Art. 35	geändert	47-91	03.07.2012	keine Angabe
Art. 35	Artikeltitel ge- ändert	2023-015	24.01.2023	01.01.2023
Art. 36	geändert	37-8	04.12.2001	keine Angabe
Art. 37	geändert	37-8	04.12.2001	keine Angabe
Art. 37, Abs. 1	geändert	2014-014	02.07.2013	01.01.2014
Art. 38bis	aufgehoben	47-9	13.12.2011	keine Angabe
Art. 38ter	geändert	47-9	13.12.2011	keine Angabe
Art. 38ter	aufgehoben	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 38quater	eingefügt	2015-033	16.12.2014	01.01.2015
Art. 38quater, Abs. 1	geändert	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 38quater, Abs. 2	eingefügt	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 38quinquies	eingefügt	2023-015	24.01.2023	01.01.2023
Art. 38 ^{sexies}	eingefügt	2024-034	10.09.2024	01.10.2024
Art. 38sexies, Abs. 3	eingefügt	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 38sexies, Abs. 4	eingefügt	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 38 ^{sexies} , Abs. 5	eingefügt	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 38sexies, Abs. 6	eingefügt	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 38sexies, Abs. 7	eingefügt	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 38sexies, Abs. 8	eingefügt	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 38 ^{septies}	eingefügt	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 43	Artikeltitel ge- ändert	2024-034	10.09.2024	01.07.2025
Art. 50	eingefügt	2024-034	10.09.2024	01.07.2025

* Änderungstabelle - Nach Erlassdatum

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
12.12.1995	01.01.1996	Erlass	Grunderlass	31-8
04.12.2001	keine Angabe	Art. 5	geändert	37-8
04.12.2001	keine Angabe	Art. 5 ^{bis}	eingefügt	37-8
04.12.2001	keine Angabe	Art. 6	geändert	37-8
04.12.2001	keine Angabe	Art. 12ter	eingefügt	37-8
04.12.2001	keine Angabe	Art. 16	aufgehoben	37-8

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
04.12.2001	keine Angabe	Art. 17 ^{bis}	geändert	37-8
04.12.2001	keine Angabe	Art. 18	geändert	37-8
04.12.2001	keine Angabe	Art. 24	aufgehoben	37-8
04.12.2001	keine Angabe	Art. 27	geändert	37-8
04.12.2001	keine Angabe	Art. 28	geändert	37-8
04.12.2001	keine Angabe	Art. 29	geändert	37-8
04.12.2001	keine Angabe	Art. 30	geändert	37-8
04.12.2001	keine Angabe	Art. 32	geändert	37-8
04.12.2001	keine Angabe	Art. 36	geändert	37-8
04.12.2001	keine Angabe	Art. 37	geändert	37-8
09.12.2003	keine Angabe	Art. 10	geändert	39-15
15.06.2004	keine Angabe	Art. 9	geändert	39-80
15.06.2004	keine Angabe	Art. 23	geändert	39-80
06.12.2004	keine Angabe	Art. 12bis	geändert	40-9
13.12.2005	keine Angabe	Art. 15	aufgehoben	41-9
13.12.2005	keine Angabe	Art. 17	geändert	41-9
13.12.2005	keine Angabe	Art. 22	geändert	41-9
12.12.2006	keine Angabe	Art. 10 ^{bis}	eingefügt	42-11
12.12.2006	keine Angabe	Art. 19	geändert	42-11
11.12.2007	keine Angabe	Art. 1	geändert	43-10
11.12.2007	keine Angabe	Art. 2	geändert	43-10
11.12.2007	keine Angabe	Art. 4	geändert	43-10
11.12.2007	keine Angabe	Art. 11	geändert	43-10
11.12.2007	keine Angabe	Art. 12a	eingefügt	43-10
11.12.2007	keine Angabe	Art. 12quater	eingefügt	43-10
11.12.2007	keine Angabe	Art. 21	geändert	43-10
11.12.2007	keine Angabe	Art. 30bis	geändert	43-10
11.12.2007	keine Angabe	Art. 31	geändert	43-10
08.12.2009	keine Angabe	Art. 14	geändert	45-10
07.12.2010	keine Angabe	Art. 12	geändert	46-6
13.12.2011	keine Angabe	Art. 24 ^{bis}	geändert	47-9
13.12.2011	keine Angabe	Art. 38bis	aufgehoben	47-9
13.12.2011	keine Angabe	Art. 38 ^{ter}	geändert	47-9
03.07.2012	keine Angabe	Art. 34	aufgehoben	47-91
03.07.2012	keine Angabe	Art. 35	geändert	47-91
04.12.2012	01.01.2013	Art. 14	geändert	48-12
02.07.2013	01.01.2014	Art. 4, Abs. 2	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 5bis, Abs. 1	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 9	Artikeltitel ge- ändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 9, Abs. 2	aufgehoben	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 9, Abs. 3	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 9, Abs. 4	aufgehoben	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 9a	eingefügt	2014-014

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
02.07.2013	01.01.2014	Art. 10	Artikeltitel ge-	2014-014
			ändert	
02.07.2013	01.01.2014	Art. 10, Abs. 1	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 10 ^{bis}	aufgehoben	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 11, Abs. 1	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 12, Abs. 1	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 12, Abs. 2, 5ter	eingefügt	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 12, Abs. 4	aufgehoben	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 12, Abs. 5	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 12a	Artikeltitel ge- ändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 12a, Abs. 2	aufgehoben	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 12b	eingefügt	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 12c	eingefügt	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 12bis, Abs. 2	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 12 ^{ter}	Artikeltitel ge- ändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 12ter, Abs. 1	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 14, Abs. 1	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 14, Abs. 2	aufgehoben	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 14, Abs. 3	aufgehoben	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 14, Abs. 4	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 17	aufgehoben	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 17bis, Abs. 1	aufgehoben	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 17bis, Abs. 2	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 20, Abs. 1	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 21, Abs. 2	aufgehoben	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 21, Abs. 3	aufgehoben	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 22, Abs. 1	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 22, Abs. 2	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 22, Abs. 4	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 23, Abs. 1	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 23, Abs. 2	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 23, Abs. 3	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 25, Abs. 1	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 26	aufgehoben	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 27, Abs. 1	aufgehoben	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 27, Abs. 1bis	eingefügt	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 27, Abs. 2	aufgehoben	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 29	aufgehoben	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 30	aufgehoben	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 31	Artikeltitel ge- ändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 31, Abs. 1	geändert	2014-014

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
02.07.2013	01.01.2014	Art. 31, Abs. 3	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 32, Abs. 1	geändert	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 32bis	eingefügt	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 32ter	eingefügt	2014-014
02.07.2013	01.01.2014	Art. 37, Abs. 1	geändert	2014-014
01.10.2013	01.01.2014	Art. 12, Abs. 2, 5quater.	eingefügt	2014-015
01.10.2013	01.01.2014	Art. 12, Abs. 2, 5quinquies.	eingefügt	2014-015
01.10.2013	01.01.2014	Art. 14, Abs. 1	geändert	2014-015
01.10.2013	01.01.2014	Art. 14, Abs. 4	geändert	2014-015
10.12.2013	01.01.2014	Art. 12, Abs. 2, 1.	geändert	2014-027
10.12.2013	01.01.2014	Art. 12c, Abs. 1	geändert	2014-027
10.12.2013	01.01.2014	Art. 12c, Abs. 2	geändert	2014-027
10.12.2013	01.01.2014	Art. 14, Abs. 1	geändert	2014-027
10.12.2013	01.01.2014	Art. 14, Abs. 4	geändert	2014-027
16.12.2014	01.01.2015	Art. 9, Abs. 1	geändert	2015-033
16.12.2014	01.01.2015	Art. 9, Abs. 3	geändert	2015-033
16.12.2014	01.01.2015	Art. 10, Abs. 2	eingefügt	2015-033
16.12.2014	01.01.2015	Art. 12c, Abs. 2	geändert	2015-033
16.12.2014	01.01.2015	Art. 14, Abs. 2bis	eingefügt	2015-033
16.12.2014	01.01.2015	Art. 22	Artikeltitel ge- ändert	2015-033
16.12.2014	01.01.2015	Art. 22, Abs. 1	geändert	2015-033
16.12.2014	01.01.2015	Art. 22, Abs. 2	geändert	2015-033
16.12.2014	01.01.2015	Art. 22, Abs. 3	geändert	2015-033
16.12.2014	01.01.2015	Art. 22, Abs. 4	geändert	2015-033
16.12.2014	01.01.2015	Art. 23, Abs. 1	geändert	2015-033
16.12.2014	01.01.2015	Art. 23, Abs. 2	geändert	2015-033
16.12.2014	01.01.2015	Art. 23, Abs. 3	aufgehoben	2015-033
16.12.2014	01.01.2015	Art. 31, Abs. 1	geändert	2015-033
16.12.2014	01.01.2015	Art. 31, Abs. 3	geändert	2015-033
16.12.2014	01.01.2015	Art. 38 ^{quater}	eingefügt	2015-033
11.08.2015	01.01.2016	Art. 12	Artikeltitel ge- ändert	2015-083
11.08.2015	01.01.2016	Art. 12 ^{bis}	Artikeltitel ge- ändert	2015-083
11.08.2015	01.01.2016	Art. 12bis, Abs. 5	eingefügt	2015-083
11.08.2015	01.01.2016	Art. 12ter	aufgehoben	2015-083
11.08.2015	01.01.2017	Art. 13, Abs. 2	geändert	2015-083
11.08.2015	01.01.2016	Art. 22, Abs. 2	geändert	2015-083
06.09.2016	01.01.2017	Art. 12c, Abs. 1	geändert	2016-092
06.09.2016	01.01.2017	Art. 12c, Abs. 2	geändert	2016-092
06.09.2016	01.01.2017	Art. 12c, Abs. 3	eingefügt	2016-092
06.09.2016	01.01.2017	Art. 12bis, Abs. 6	eingefügt	2016-092
20.06.2017	01.01.2018	Art. 12, Abs. 2, 5quater.	aufgehoben	2017-062

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
05.12.2017	01.01.2018	Art. 32ter, Abs. 1, c)	geändert	2018-007
05.12.2017	01.01.2018	Art. 32ter, Abs. 1, d)	eingefügt	2018-007
11.12.2018	01.01.2019	Art. 14, Abs. 1	geändert	2019-007
11.12.2018	01.01.2019	Art. 14, Abs. 4	geändert	2019-007
26.01.2021	01.01.2022	Art. 12, Abs. 2, 5sexies.	eingefügt	2021-015
26.01.2021	01.01.2022	Art. 12, Abs. 2, 5 ^{septies} .	eingefügt	2021-015
26.01.2021	01.01.2022	Art. 19, Abs. 2	eingefügt	2021-015
18.01.2022	20.01.2022	Art. 1, Abs. 2, c)	geändert	2022-005
18.01.2022	20.01.2022	Art. 1, Abs. 2, d)	eingefügt	2022-005
18.01.2022	20.01.2022	Art. 2a	eingefügt	2022-005
25.01.2022	01.01.2023	Art. 12, Abs. 3	geändert	2022-014
25.01.2022	01.01.2023	Art. 12, Abs. 3, a)	eingefügt	2022-014
25.01.2022	01.01.2023	Art. 12, Abs. 3, b)	eingefügt	2022-014
26.04.2022	01.03.2022	Art. 9, Abs. 1	geändert	2022-026
26.04.2022	01.03.2022	Art. 22, Abs. 2	geändert	2022-026
06.12.2022	01.01.2024	Art. 12bis, Abs. 1	geändert	2022-073
06.12.2022	01.01.2023	Art. 12bis, Abs. 2	geändert	2022-073
06.12.2022	01.01.2023	Art. 12bis, Abs. 2, a)	eingefügt	2022-073
06.12.2022	01.01.2023	Art. 12bis, Abs. 2, b)	eingefügt	2022-073
06.12.2022	01.01.2023	Art. 12bis, Abs. 2, c)	eingefügt	2022-073
06.12.2022	01.01.2023	Art. 12bis, Abs. 3	geändert	2022-073
06.12.2022	01.01.2023	Art. 12bis, Abs. 5bis	eingefügt	2022-073
24.01.2023	01.01.2023	Art. 27, Abs. 1bis	geändert	2023-015
24.01.2023	01.01.2023	Art. 35	Artikeltitel ge- ändert	2023-015
24.01.2023	01.01.2023	Art. 38quinquies	eingefügt	2023-015
10.09.2024	01.07.2025	Art. 4, Abs. 2	geändert	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 5bis, Abs. 1	geändert	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 8, Abs. 1	geändert	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 8, Abs. 2	geändert	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 9, Abs. 1	geändert	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 9a	Artikeltitel ge- ändert	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 9a, Abs. 1	geändert	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 9a, Abs. 2	geändert	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 9a, Abs. 3	geändert	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 12c, Abs. 2	geändert	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 12bis, Abs. 5	geändert	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 14, Abs. 1	geändert	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 14, Abs. 2bis	geändert	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 14, Abs. 2ter	eingefügt	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 14, Abs. 4	geändert	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 22, Abs. 1	geändert	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 22, Abs. 2	geändert	2024-034

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
10.09.2024	01.07.2025	Art. 22, Abs. 3	geändert	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 22, Abs. 3bis	eingefügt	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 22a	eingefügt	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 31, Abs. 1	geändert	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 38ter	aufgehoben	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 38quater, Abs. 1	geändert	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 38quater, Abs. 2	eingefügt	2024-034
10.09.2024	01.10.2024	Art. 38sexies	eingefügt	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 38sexies, Abs. 3	eingefügt	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 38sexies, Abs. 4	eingefügt	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 38sexies, Abs. 5	eingefügt	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 38sexies, Abs. 6	eingefügt	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 38sexies, Abs. 7	eingefügt	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 38sexies, Abs. 8	eingefügt	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 38septies	eingefügt	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 43	Artikeltitel ge- ändert	2024-034
10.09.2024	01.07.2025	Art. 50	eingefügt	2024-034
10.12.2024	01.01.2025	Art. 1, Abs. 2, c)	aufgehoben	2024-068
10.12.2024	01.01.2025	Art. 2	aufgehoben	2024-068
10.12.2024	01.01.2025	Art. 2a	aufgehoben	2024-068
13.05.2025	01.07.2025	Art. 11, Abs. 3	eingefügt	2025-019